

„Rote Karte“ für Straßenbaubeiträge

(tei.-) Mit einer Petition wollen sich die Freien Wähler im Rheinisch-Bergischen Kreis gegen Straßenausbeiträge für Anlieger im Land einsetzen. „Die WNKUWG unterstützen diese Aktion mit Infoständen. Wir wollen gemeinsam mit den Bürgern die Straßenausbaubeiträge abschaffen“, erklärt der Vereinsvorsitzende Stefan Kind. „Straßenausbaubeiträge belasten Anlieger unverhältnismäßig.“ Der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse mahnt, dass die ausfallenden Beiträge nicht aus dem städtischen Haushalt durch Grundsteuererhöhungen kompensiert werden dürften. Heute, Samstag, stehen die Politiker von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr vor dem Rathaus in der Telegrafienstraße statt.

WNK/UWG will Baubeiträge abschaffen

Infostand für Bürger steht heute vor dem Rathaus.

Die WNK/UWG möchte die Straßenausbaubeiträge für Bürger abschaffen. Das erklärt jetzt Vereinsvorsitzender Stefan Kind. „Straßenausbaubeiträge belasten Anlieger unverhältnismäßig und teilweise existenzbedrohend“, sagt Kind. Die Rechtsunsicherheit aufgrund der aktuellen Gesetzeslage führe zu Rechtsstreitigkeiten. Kind: „Der Erhebungsaufwand der Kommunen ist unverhältnismäßig hoch und vielfach unwirtschaftlich. Durch die Erneuerung und Verbesserung der gemeindlichen Straßen ist kein erheblicher Sondervorteil für die angrenzenden Grundstückseigentümer zu sehen. Die Nutzung der Straßen erfolgt durch die Allgemeinheit und ist nicht auf die Anlieger beschränkt. Somit entspricht die derzeitige gesetzliche Regelung nicht mehr der Lebenswirklichkeit.“ Der erste Info-Stand steht am heutigen Samstag, 14. Juli von 9.30 Uhr bis 12.30 Uhr vor dem Rathaus an der Telegrafienstraße.

acs

WG A 18.07.2018

Loches-Platz: Rehse sorgt sich um Kirmes

Der WNK/UWG-Fraktionsvorsitzende zitiert aus einem Schreiben des Ordnungsamtes. Demnach steht das Volksfest auf der Kippe. Anja Carolina Siebel berichtet.

Möglicherweise eignet sich der Loches-Platz nach dem Umbau nicht mehr für einen Kirmes-Aufbau.

Foto: Mittelstadt

Es ist eine Entscheidung, mit der nicht alle glücklich sind. Der Kaufvertrag für den Loches-Platz ist unterschrieben, die Politik hat mit großer Mehrheit entschieden.

In den sozialen Netzwerken verleihen jetzt aber auch Bürger ihrer Unsicherheit Ausdruck: Wurde der Loches-Platz von der Stadt unter Wert verkauft? So lautet zumindest der Hauptvorwurf, den Henning Rehse (WNK/UWG) und seine Fraktion der Verwaltung machen. Sie sind jedenfalls davon überzeugt und hatten das mehrfach öffentlich gemacht. Die Stadt hatte dementiert.

Auf Nachfrage habe die Verwaltung bestätigt, das geschrieben zu haben

Aber es ist noch etwas, was Henning Rehse umtreibt. Die Sorge um die Wermelskirchener Herbstkirmes: „Aus Kirmessicht ist der Platz bei der Realisierung des Projektvorschlags A für eine funktionierende Veranstaltung nicht ge-

eignet“, zitiert er aus einer Stellungnahme des städtischen Ordnungsamtes zum Thema. Auf Nachfrage habe die Verwaltung jetzt bestätigt, genau das einst geschrieben zu haben. Weiter heißt es in der Stellungnahme: „Im Vergleich aller vier Entwürfe ist der Entwurf A am wenigsten geeignet für die Durchführung einer attraktiven und bestandskräftigen Kirmes. Aus Sicht des Fachamtes ist durch den Wegfall von einem Drittel aller Kirmesgeschäfte und dem Verlust von zwei Großfahrgeschäften mit einem signifikanten Einbruch bei den Besucherzahlen zu rechnen. Der Umsatz aller Kirmesgeschäfte wird dadurch ebenfalls deutlich zurückgehen. Es ist absehbar, dass die Schausteller langfristig nach Alternativen Ausschau halten und abwandern werden. Die Attraktivität des Loches-Platzes wird deutlich zurückgehen. Dies wird auch Auswirkungen auf den Krammarkt

haben. Langfristig ist damit zu rechnen, dass die Kirmes nicht mehr durchführbar sein wird.“

„Die Kirmes wird nicht abgespeckt, es geht ihr dauerhaft an den Kragen.“

Henning Rehse,
Fraktionsvorsitzender WNK/UWG

Laut dem ersten Beigeordneten Stefan Görnert sei das aber „lange her“. Die Kirmes sei „auf keinen Fall gefährdet“, sagte Görnert jetzt auf Nachfrage.

Die Wermelskirchener Bürgerschaft habe ein Recht darauf zu erfahren, „an welchen Fronten die Ratsmehrheit mit dem Loches-Platz Schindluder betreibt“, sagt indes Henning Rehse dazu.

Die Entscheidung scheint aber jetzt gefallen und endgültig vom Tisch der Diskussionen zu sein. Bei der jüngsten Rats-

sitzung ging alles ganz fix. Bürgermeister Rainer Bleek hatte verkündet, dass der Vertrag unterschrieben sei: „Der Ratsbeschluss vom 29. Januar ist erfüllt“, berichtete er.

Henning Rehse und Oliver Platt (Büfo) hatten sich überrascht gezeigt, dass einige Ratsfraktionen schon im Vorfeld über den Vertragsabschluss informiert zu sein schienen. Als Henning Rehse zum Mikrofon ging, hatte CDU Fraktionsvorsitzender Christian Klicki sich eingeschaltet: Mit dem Loches-Platz-Verkauf sei der Fall erledigt.

Gerichtlich gegen den Beschluss vorgehen, will Rehse jetzt nicht mehr. „Die Anwältin hat uns abgeraten“, sagt er. „Kein Gericht würde das akzeptieren. Da müsste schon ein unterlegener Bewerber für den Loches-Platz oder eine Architektenkammer klagen.“ Ruhe lasse ihm die Sache dennoch nicht, unterstreicht Rehse. Es

STADTVERWALTUNG

STELLUNGNAHME Die Stadt hat zu den Vorwürfen Henning Rehses und seiner Fraktion mehrfach Stellung genommen. Unzulässige Vorteile für die Bewerber gebe es nicht. „Die unterstellten Rechtsverstöße der WNK/UWG entbehren jeder Grundlage“, sagte Rainer Bleek. Der Kaufpreis beruhe auf einer Wertermittlung des Gutachterausschusses des Kreises. Dieser lege die Bewertungsmethoden zugrunde.

gehe ihm nicht um seine, sondern die Interessen der Bürger. Und denen sei nun auch „ihre“ Kirmes wichtig. Rehse: „Nicht wegen der anstehenden Bauarbeiten wird die Kirmes für zwei bis drei Jahre abgespeckt, es geht ihr insgesamt und dauerhaft an den Kragen, wie die Ratsmehrheit billigend in Kauf nimmt.“

» Standpunkt

Stadt sieht keine Gefahr für die Kirmes

Stellungnahme des Ordnungsamtes zum Loches-Platz sei älteren Datums, sagt der Beigeordnete.

Von Anja Carolina Siebel

Der städtische Erste Beigeordnete Stefan Görnert äußert sich zu den Vorwürfen der Fraktion WNK/ UWG zum Loches-Platz-Konzept. Wie berichtet, sorgt sich der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse um den Fortbestand der Kirmes. Er zitierte aus einer Stellungnahme des Ordnungsamtes aus dem Jahr 2017. Demnach soll die Kirmes, wenn der Investorenentwurf umgesetzt ist, nur noch stark abgespeckt auf dem Loches-Platz aufgebaut werden können. Mehr noch: Das Amt äußerte sich seinerzeit dahingehend, dass das in Wermelskirchen so beliebte Volksfest sogar gefährdet sei. „Langfristig ist damit zu rechnen, dass die Kirmes nicht mehr durchführbar sein wird“, heißt es tatsächlich in der Stellungnahme.

Stefan Görnert dementiert das: „Zwar gab es diese Stellungnahme“, räumt der Dezernent ein, „danach hat sich aber einiges geändert. Es gab Nachberechnungen. Die Stellung-



Stefan Görnert dementiert die Vorwürfe der WNK/UWG. Die Pläne seien überarbeitet worden, sagt er. *WFA 19.07.2018* Foto: Keusch

nahme bezog sich auf einen ersten Entwurf.“ Zudem hätte es bei fast allen vorliegenden Entwürfen Einschränkungen für den Umfang der Kirmes gegeben. Görnert: „Der eine, bei dem es die nicht gab, ist schon lange vom Tisch.“ Per Ratsbeschluss hat man sich bekanntermaßen für den Entwurf A entschieden. Investor ist die Volksbank Rhein-Lahn. „Der Investor ist auch über die

Wichtigkeit der Kirmes in Wermelskirchen informiert“, sagt Stefan Görnert. Nach Berechnungen stehen für den Kirmesaufbau nach dem Umbau des Loches-Platzes noch 4000 Quadratmeter zur Verfügung. „Das war die Maßgabe“, sagt Görnert.

Einen Aufstellungsplan für die Fahrgeschäfte für die Zeit danach gebe es noch nicht. „Unser Ordnungsamt befasst

sich aber damit und hat den Umbau des Platzes in die künftige Planung einbezogen“, unterstreicht der Dezernent.

Einschränkungen gibt es auf jeden Fall während des Umbaus

Einschränkungen gebe es auf jeden Fall für die Zeit des Umbaus, der voraussichtlich im Sommer 2019 beginnen soll. Görnert: „Da werden wir die Kirmes auf keinen Fall so feiern können, wie wir das bisher gewohnt waren.“ Er weist darauf hin, dass „der Umbau schon länger festgestanden“ habe. „Wenn er früher über die Bühne gegangen wäre, hätten wir die Einschränkungen früher gehabt.“ Henning Rehse gibt sich damit nicht zufrieden: „Der Leiter des Ordnungsamtes hat mir am 7. Juni noch telefonisch auf Anfrage ausdrücklich bestätigt, dass seine Stellungnahme nach wie vor aktuell ist“, sagt er. Die Vorwürfe seien also immer noch aktuell. Rehse wirft der Stadt eine „Bunkermentalität“ hinsichtlich des favorisierten Investoren-Entwurfs vor.

STANDPUNKT

Ein bitterer Beigeschmack

Von Anja Carolina Siebel

Fakt ist: Es schadet der Stadt, wenn noch lange herumdementiert und gehandelt und diskutiert wird. Konsequenz könnte sein, dass es nicht rasch genug geht mit dem Umbau des Loches-Platzes, dass die Dinge – mal wieder – dort hängenbleiben, wo sie eigentlich schon gar nichts mehr zu suchen haben: in ihren Anfängen. Allerdings hat Henning Rehse scharfe Kritik es zumindest verdient, angehört und diskutiert zu werden. Denn Fakt ist: Nicht alles wurde von der Stadt öffentlich gemacht, was die Kaufverträge für den Platz anging. Das mag an handelnden Personen liegen, die heute nicht mehr im Amt sind, war aber so. Fakt ist

auch: Die ältere Stellungnahme des Ordnungsamtes, die Kirmes wäre dann, wenn der Platz so umgebaut würde, wie es der jetzt favorisierte Entwurf vorsieht, kaum mehr durchführbar, lässt Fragen offen. Natürlich kann man einräumen, dass das ein alter Hut ist. Und natürlich möchten alle auch ein Fortschreiten des Loches-Platz-Umbaus. Ein bitterer Beigeschmack bleibt trotzdem. Die Bürger fühlen sich nicht hinreichend informiert. Das ist immer schlecht.

» Loches-Platz ...



anja.siebel
@rga-online.de

WNKUWG stellt Antrag zur ^{BM 30.07.} Heimatsförderung

(pd) Die WNKUWG bereitet schon Anträge für die nächsten Sitzungen nach der Sommerpause vor. So regt sie an, in der Haupt- und Finanzausschusssitzung am 1. Oktober das Thema „Heimatsförderung“ aufzugreifen. „Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen – Wir fördern was Menschen verbindet“ – so lautet der tragende Titel für die Heimat-Förderung der Landesregierung. Über fünf Elemente wird das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung die Gestaltung von Heimat vor Ort bis 2022 fördern. Nach Kenntnisstand der WNKUWG ist zur Teilnahme an diesem Förderprogramm ein Ratsbeschluss erforderlich. „Wir beantragen daher eine entsprechende Beschlussvorlage. Die Verwaltung wird beauftragt, nach Bekanntgabe der vom Land NRW für Sommer 2018 angekündigten Förderrichtlinien auf deren Grundlage zu prüfen, ob und in welchen Umfang Mittel aus dem durch die Landesregierung NRW aufgelegten Programm „Heimatsförderung“ in den folgenden Bereichen beantragt werden können:

- Heimat – Scheck
- Heimat – Preis
- Heimat – Werkstätten
- Heimat – Fonds
- Heimat – Zeugnis

Die Verwaltung solle beauftragt werden, die Vereine nach Veröffentlichung der Förderrichtlinie in geeigneter Art und Weise auf Fördermöglichkeiten aufmerksam zu machen.

Loches-Platz: WNKUWG ^{WGA} gibt auf ^{30.07.}

Die WNKUWG gibt ihren Widerstand gegen den Verkauf des Loches-Platz auf. Die Stadtrat-Fraktion der WNKUWG teilte gestern mit, dass sie nach mehrmonatiger Prüfung der Vorgänge um den Verkauf des Loches-Platzes mehrfach Akteneinsicht genommen und sich professionell juristisch beraten habe. Der Rat habe aber mehrheitlich kein Interesse an der Prüfung der Rechtmäßigkeit des gewählten Vorgehens – und verfolge dieses unbelehrbar weiter. Da das am Ende des Tages noch bestellte, wertmindernde Gutachten durch die Verwaltung beauftragt würde, schließe die WNKUWG nunmehr mit dem Thema juristisch ab. „Rechtlich betrachtet gibt es zwar nach wie vor etliche Fragezeichen und anfechtbare Punkte“, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Aber: Mögliche Unkorrektheiten fielen leider durch die weiten juristischen Maschen. ma

WNK: Kaufpreis ^{0M} nicht anfechten ^{31.07.}

(pd) Nachdem die Fraktion der WNKUWG die Vorgänge um den Verkauf des Loches-Platzes über Monate hinweg geprüft, mehrfach Akteneinsicht genommen und sich professionell juristisch beraten gelassen habe, schließt sie nunmehr mit dem Thema juristisch ab, teilt die Fraktion mit. Der Rat habe mehrheitlich kein Interesse an Prüfung der Rechtmäßigkeit des gewählten Vorgehens. „Rechtlich betrachtet gibt es zwar nach wie vor etliche Fragezeichen und anfechtbare Punkte, aber die offenbar bewusst gewählte Komplexität und Intransparenz des Verfahrens wie auch bestellte Gutachten machen es möglich, dass mögliche Unkorrektheiten leider durch die weiten juristischen Maschen fallen“, schreibt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse.